

RNZ 28.11.2014

Der Dialog darf kein Selbstzweck sein

Berliner Ex-CDU-Senator Volker Hassemer sprach über das Recht der Bürger auf aktive Mitwirkung

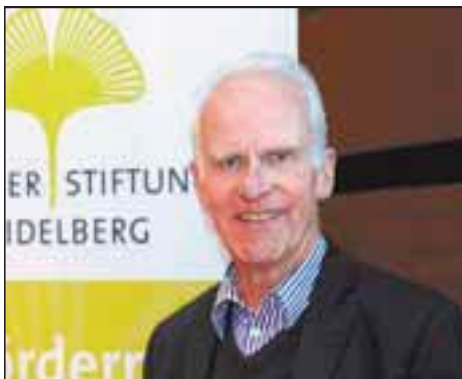
Von Maria Stumpf

Das Wort „Bürgerbeteiligung“ mag er nicht. „Die Form der Entscheidungsvorbereitung muss gemeinsam und öffentlich sein. Und zwar schon frühzeitig auf Augenhöhe“, meint Volker Hassemer. „Sonst würde ich da gar nicht mitmachen wollen.“ Der 70-jährige Jurist und ehemalige CDU-Senator aus Berlin war Gast bei der Veranstaltungsreihe „Kraft der Bürger“ in der Stadtbücherei.

Hassemer war 13 Jahre lang Berliner Regierungsmitglied und ist seit 2006 in der „Stiftung Zukunft Berlin“ aktiv. Veranstalter des Treffens war die „Bürgerstiftung Heidelberg“ in Zusammenarbeit mit der Internationalen Bauausstellung (IBA). Die Stadt Heidelberg habe mit den Leitlinien für Bürgerbeteiligung einen bundesweit beachteten Schritt in Richtung einer neuen Partizipationskultur gewagt, so Michael Braum von der IBA einleitend. „Generell heißt es: Geht es um Beteiligung oder Mitverantwortung?“

Hassemer macht klar: Wichtige Entscheidungen für die Zukunft sollten nicht der Politik überlassen bleiben. „Wir Bürger haben das Recht auf Mitwirkung.“ Aber: „Verantwortung übernehmen heißt mehr, als nur eine Meinung zu haben. Ei-

ne Erhöhung der Mitwirkung ohne die Bereitschaft der eigenen Verantwortung ist unglaublich.“ Denn Dialog sei nie Selbstzweck. „Reden muss in Handeln münden.“ Dabei gehe es ihm nicht um eine Schwächung der Politik, im Gegenteil:



Volker Hassemer, Ex-CDU-Senator aus Berlin, sprach über Bürgerbeteiligung. Foto: hen

Entscheiden müssten letztlich die gewählten Vertreter der Kommune. Aber die Positionen der Bürger bereicherten deren Entscheidungsweg.

Auch in Heidelberg gebe es wohl das Problem, dass Politik und Verwaltung „vorschlagen“ – und sich die Bürger schon

deshalb in einer Gegenüberstellung befänden. Widerstreitende Interessen und Sichtweisen führten dazu, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck einer großen Kontroverse bestehe. „Statt eines Kompromisses setzen sich dann die Interessen des einen auf Kosten des anderen durch.“ Hassemer schlägt ein paritätisch gebildetes „Forum“ aus Politik, Verwaltung und aus der Bürgerschaft als Lenkungsgruppe vor – etwa 30 Mann stark, „die Auswahl der Mitwirkenden muss begründet sein“. Stringentes Diskutieren und Beschließen fordert Hassemer: „Wenn der Bürger fünfmal in unterschiedlicher Weise ein Thema erörtern soll und nichts passiert, dann hat er bald keine Lust mehr. Und das Thema muss brisant sein.“

Für großes Aufhorchen sorgt sein Ansatz, dass zu einem Erörtern ohne die Anwesenheit der „Politik“ gar nicht kommen würde. „Denn wir Bürger kommen auch persönlich und nehmen uns die Zeit.“ In Heidelberg vermisse er die „Hardware“ einer echten Bürgerpartizipation. Bürgerliches Miteinander auf Augenhöhe gebe es in der Stadt wohl noch nicht, räumte Albertus Bujard von der Bürgerstiftung vor Ort ein. „Aber wir sind auf einem guten Weg, und ich bin froh über das, was wir haben.“